

Dokumentation

Neue Realitäten anerkennen und damit umgehen

Veranstaltung des Dialogforums „Bund trifft kommunale Praxis. Inklusionsgerechte Kommune – Gestaltungsperspektiven im Rahmen des KJSG“, gefördert vom BMFSFJ, 1./2. Februar 2024 (online)

In den Praxisworkshops für Jugendämter geht es um die inhaltliche Ausgestaltung und praktische Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes. In dieser Veranstaltung ging es darum, sich der Frage anzunähern, ob – wie es immer wieder in vorangegangenen Veranstaltungen thematisiert wurde – tatsächlich alles immer teurer, schwieriger und komplexer wird und was angesichts sich wandelnder gesellschaftlicher Herausforderungen und Rahmenbedingungen Erklärungen und vor allem Lösungsansätze sein können.

In der kommunalen Praxis der Kinder- und Jugendhilfe sollen immer mehr neue und erweiterte Leistungen in immer kürzerer Zeit durch die Fachkräfte erbracht werden, in einer Zeit, in der Lebenslagen von Familien, Kindern und Jugendlichen zusehends komplexer und problematischer werden. Praktiker*innen berichten von zunehmend fehlenden Zeitressourcen und von Überforderungssituationen. Die Kosten in der Jugendhilfe steigen. Die schwierige Finanzsituation der Kommunen führt dazu, dass möglicherweise finanzielle Aspekte vor Fachlichkeit gestellt werden (müssen). Die Praxis steht dabei unter (Handlungs-)Druck. Die Debatte zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe gerät in ein Dilemma zwischen (auch gesetzlich verankerter höherer) Professionalität und Standardabbau.

Dies alles wird auch in den kommenden Jahren nicht einfacher werden. Es geht uns um eine Verständigung darüber, mit welcher Haltung und mit welchen Strategien wir in diese Zukunft gehen, wie wir zukünftig arbeiten, wen wir dafür brauchen.

- Was hilft und was kann getan werden, um Wege und kreative Lösungen im Umgang damit zu finden?
- Was können Steuerungsinstrumente und/oder Stellschrauben sein, die für Entlastung sorgen?
- Welche Überlegungen/ Lösungsansätze/ Beispiele gibt es dazu in der Praxis?

Kinder- und Jugendförderung bedeute. Sie betont, wie wichtig es sei Präventivleistungen zu stärken, um weniger HzE zu benötigen.

Sie plädiert für kleine Schritte und dafür, „mehr von dem zu machen, was gut funktioniert“. Planungen des Jugendamts sollten mit Planungen aus anderen Bereichen der Verwaltung abgestimmt werden, mit der Stadtplanung, der Schulentwicklungsplanung, dem Gesundheitsamt, um als Jugendamt und wichtiger Akteur sichtbar zu sein. In Kassel findet eine Kinder- und Jugendbeteiligung bei stadtplanerischen Maßnahmen statt, es gibt eine ressortübergreifende Zusammenarbeit, in zwölf Ämtern gibt es Kinder- und Jugendbeauftragte. Daneben gibt es Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Trägern/ Berufsgruppen (Projekt „Ohne Jugend läuft's nicht“), eine Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Kinderärzte etc. Vielfach liegt die Kooperation an den konkreten Personen.

Wichtig sei es auch, die Fachkräftdiskussion (§ 72 SGB VIII) offener zu führen, nicht überall seien Sozialarbeiter*innen erforderlich. Die Lebenswelt der Menschen müsse im Fokus stehen, Leistungsvereinbarungen nach den Bedarfen der Menschen getroffen werden. So seien in stationären Einrichtungen oft Köchin und Hausmeister die beliebtesten Personen, dies sollte genutzt werden. Dazu gehören auch Überlegungen, Tandems aus Mitarbeitenden mit und ohne sozialpädagogische Ausbildung zu bilden. Auch über die Gestaltung der Entgeltgruppen müsse nachgedacht werden.

In Kassel gebe es zu wenig stationäre Einrichtungen. Sinnvoll könne es sein, größere kommunale Einrichtungen für Kinder und junge Menschen vom 5. bis zum 21. Lebensjahr zu schaffen, wo sie bleiben könnten, um Einrichtungswechsel zu vermeiden. Insgesamt müsse zielgerichteter an junge Menschen herangegangen werden, um Hilfen zu verkürzen.

Aus ihrer Sicht sichert Kinder- und Jugendförderung auch den „Stadtfrieden“, den sozialen Frieden. Wenn in Jugendzentren nicht mehr so viele Angebote gemacht werden, wachse auch die Armut. Die Anbindung an Strukturen zu fördern, Beistandschaften, Prävention durch Jugendarbeit sparen perspektivisch auch HzE. Darüber müsse in der Politik gesprochen und im kommunalen Jugendhilfeausschuss diskutiert werden.

Diskussion

Ein Teilnehmer berichtet, dass es in Bayern inzwischen schriftliche Festlegungen zu Fachkräften gebe, die über sozialpädagogisches Personal deutlich hinausgehen. Es sei jedoch ein großes Problem, dass Heimaufsichten sich eng an rechtliche Vorgaben halten, um sich abzusichern, falls etwas passiere.

Ein Teilnehmer weist darauf hin, dass es notwendiger werde, z.B. Eltern und ehrenamtliche Akteure einzubeziehen. Trotzdem müssten Soziale Arbeit und Sozialpädagogik sich behaupten können. Die Wertigkeit von Sozialpädagogik sei in den letzten Jahren eher gestiegen.

Wichtiger werde es auch, aktive Öffentlichkeitsarbeit zu machen, um die eigene Arbeit anders/positiv darzustellen („Das Jugendamt muss sich selbst vorstellen als eine Einrichtung, mit der es wichtig ist zu sprechen.“) Ähnliches gelte für eine proaktive Berichterstattung im Rat, Mitarbeitende müssen sich darauf verlassen können, dass Amt und Hierarchie hinter ihnen stehen.

Wie gelingt es nachzuweisen, dass Prävention und Frühe Hilfen sich auch finanziell lohnen?

Stefan Möllene, Jugendamtsleiter, Stadt Fulda

Herr Möllene berichtet am Beispiel verschiedener Projekte im Jugendamt der Stadt Fulda, wie es gelingen kann, dass Prävention und Frühe Hilfen sich auch finanziell lohnen (s. Folien). So wurde die Trennungs- und Scheidungsberatung mit zusätzlichem Personal qualifiziert, da aus Trennungen und Scheidungen besonders viele HzE resultieren. Es gab keine wissenschaftliche Evaluierung, die Zahlen in Fulda zeigen jedoch, dass die Ausgaben für HzE 15% unter der Entwicklung im Bundesdurchschnitt liegen. In Fulda wurden im Rahmen eines 10-jährigen Projekts die sozialräumlichen Strukturen ausgebaut, so z.B. Treffpunkte in Quartieren eingerichtet und Familienlotsen beschäftigt. Die Ausgaben stiegen um 20% und trotzdem gingen die Kosten für HzE zurück. So brauchten z.B. zunächst ehrenamtlich tätige Familienlotsen keine sozialen Leistungen mehr in Anspruch nehmen, da diese regulär beschäftigt werden konnten. Auch Mitarbeitende im ASD schätzen es inzwischen, dass manche Prozesse z.B. ohne Hilfeplanverfahren möglich sind und niedrigschwellig über Familienlotsen umgesetzt werden. Das Projekt ist inzwischen verstetigt.

Diskussion

In der Diskussion weist Herr Möllene darauf hin, dass es in Fulda eine langjährige Zusammenarbeit über die Programme Soziale Stadt, jetzt Sozialer Zusammenhalt, gibt, für die die Verantwortung ebenfalls im Sozialdezernat liege. Die Städtebauförderung sei die „Hardware“, es gehe im Kern darum, einen Stadtteil gemeinsam mit seinen Bewohner*innen zu entwickeln.

Auch in Kassel hat die ressortübergreifende und sozialräumliche Zusammenarbeit Impulse daraus bekommen, dass der Verantwortliche für das Programm Soziale Stadt ein ehemaliger Mitarbeiter des Jugendamts war. Man müsse auch nicht ausschließlich über Politik gehen, wichtig sei ein „guter Draht“ zu anderen Amtsleitungen. Vieles sind Lernprozesse, so z.B. auch in der Kinder- und Jugendbeteiligung. Es gehe darum, Erfahrungsräume zu schaffen und Türen zu öffnen. Die erste Frage müsse sein, „was kann ich dem anderen bieten“ und eine stärker dienstleistungsorientierte Grundhaltung.

Kosteneinsparung durch eigene Mitarbeiter im ambulanten Dienst

Thomas Hein, Fachbereichsleiter des Fachbereichs Jugend und Familie, Gummersbach

Herr Hein berichtet über die Erfahrungen der Stadt Gummersbach mit eigenen Mitarbeitenden im ambulanten Dienst (s. Folien). 50% der Fälle übernehmen Mitarbeitende im Amt, 50% freie Träger. Aktuell gibt es 11 Fachkräfte (9 Vollzeitäquivalente) im ambulanten Dienst im Fachbereich, die vor allem sozialpädagogische Familienhilfe und Erziehungsberatung übernehmen. Dabei handelt es sich ausschließlich um Mitarbeitende, die mindestens einen Fachschulabschluss haben. Das Jugendamt bietet unbefristete Arbeitsverhältnisse und entlohnt nach S 14 (wie Sozialarbeiter in HzE). Es gebe eine sehr geringe Personalfuktuation, sie haben eine gute Altersdurchmischung, bieten regelmäßige Fort- und Weiterbildung. Alle neuen Mitarbeiter*innen erhalten eine strukturierte Einarbeitung, es gibt eine enge Verzahnung mit der Sachbearbeitung im ASD und die Möglichkeit des Homeoffice. Die Zahl der Fälle sei im eigenen ambulanten Dienst zwar höher, die Laufzeiten der Fälle bei den freien Trägern aber deutlich länger. In einer Gegenüberstellung der Kosten des eigenen ambulanten Diensts und der freien Träger zeigten sich deutliche Kosteneinsparungen für das Jugendamt durch eigenes Personal.

Diskussion

In der Diskussion wird nach dem Subsidiaritätsprinzip gefragt und wie die freien Träger reagiert haben. In Gummersbach wurden eigene Mitarbeitende eingestellt, da es einerseits nicht genügend freie Träger gab und andererseits das Gebot der Wirtschaftlichkeit auch in der Kinder- und Jugendhilfe gilt.

Gefragt wird, wie die Vergütung nach S 14 begründet wird. Argument sind die Kinderschutzanforderungen in der Tätigkeit. Auf Nachfragen weist Herr Hein darauf hin, dass Kostenaspekte für die eigenen Dienste sprechen, freie Träger teurer seien. Einige Teilnehmende weisen darauf hin, dass der Markt groß genug für öffentliche und freie Träger sei und Kommunen nicht selbst Leistungen anbieten müssten, wenn es genug Angebote gäbe. Vorteile werden darin gesehen, dass ein eigener Träger angewiesen werden kann. Grundsätzlich wird jedoch für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Trägern plädiert.

Ideen, aus der Not geboren – Die besondere Situation eines kleinen Jugendamtes Angelica Sommer, Teamleitung Beratung und Hilfen, Jugendamt Bad Honnef

Angelica Sommer berichtet aus dem Jugendamt der Stadt Bad Honnef, in dem der ASD „alles mache“ und es keine Spezialdienste gebe. Daher gebe es viele Stellen, die in den Aufgaben kombiniert seien (s. Folien). Sie weist auf die schwierige Vertretungssituation hin, auch, dass es nicht möglich sei eine eigene Stelle Verfahrenslotse auszuschreiben, da die Stunden nicht für eine Stelle reichten. Es gebe ein gutes Arbeitsklima, eine offene Kommunikation, flache Hierarchien. Die Mitarbeitendenzahl bleibe konstant, es gebe keine Fluktuation, freie Stellen würden problemlos besetzt. Sie stellt vielfältige Lösungsansätze vor und betont die gute Zusammenarbeit mit Dritten, auch die gute Kooperation der Jugendämter im Kreis.

Diskussion

In der Diskussion wird u.a. nach dem Umgang mit der Funktion Verfahrenslotse gefragt. Hier kooperieren mehrere Jugendämter, um sich Funktion zu teilen (Hinweis auf Modellprojekt in Bayern, <https://www.blja.bayern.de/unterstuetzung/verfahrenslotsen/index.php>).

Gefragt wird nach Datenschutzproblemen, die durch die Kombi-Stellen entstehen können und manchmal einen „kreativen“ Umgang mit Datenschutzerfordernissen erfordern.

Immer schwierigere und komplexere Fälle, die immer mehr kosten – Was tun?

Kommunale Versorgungslücken auf der Suche nach einer geeigneten und bedarfsge- rechten Unterbringung schließen – Bundesweites Netzwerk als Plattform mit Kontak- ten zu aufnahmebereiten Trägern und Pflegeeltern

Alim Khaliq und Sonja Kappelt, Bundesverband behinderter Pflegekinder, Papenburg

Alim Khaliq und Sonja Kappelt berichten aus der Arbeit des Bundesverbands (s. Folien). Diese Arbeit ist aus ihrer Sicht erforderlich, um Versorgungslücken zu schließen. Sie verstehen sich als bundesweite Vermittlungshilfe für behinderte Kinder in Pflegefamilien. Sie stellen die Frage, ob eine Entkommunalisierung der Kinder- und Jugendhilfe mit Blick auf Kinder, bei denen eine Rückkehr in die Herkunftsfamilie nicht mehr wahrscheinlich ist, eine Idee für die Zukunft sein könne. Insbesondere bei schwierigen, spezifischen „Fällen“ sollte eine bundesweite Suche nach einer Unterbringung im Interesse des Kindes möglich sein.

Diskussion

Einem Teilnehmenden scheint dies eher ein Verfahren für längerfristige Abgaben zu sein, unklar scheint, was das für den abgebenden ASD bedeuten könne. Eine Teilnehmerin aus Berlin berichtet, dass nach SGB IX das abgebende Jugendamt immer zuständig bleibe, auch wenn Familien- und Sozialraumbezug nicht mehr gegeben seien. Eine Teilnehmerin verweist darauf, dass eine möglichst regionale Vermittlung und Einbeziehung der Eltern eine hohe Bedeutung habe, auch wenn eine Rückführung nicht wahrscheinlich sei. Der Bundesverband sei wichtig um bei der Versorgung von Kindern zu unterstützen, da man an Grenzen bei der wohnortnahen Versorgung stoße. In Jugendämtern müssten Zuständigkeitsfragen fachlich gut gelöst werden. Ein Teilnehmer fordert, dass der Bundesverband Pflegekinderdienste der Kommunen unterstützen solle und teilt keinesfalls die Idee einer „Bundesjugendhilfe“.

Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Ausländer – Kooperation des Jugendamtes mit dem Gesundheitsamt und Sozialamt

Helga Heugel, Abteilungsleiterin für die Bereiche Hilfen zur Erziehung, Landeshauptstadt Stuttgart

Frau Heugel berichtet von Kooperationen des Jugendamts zur Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Ausländer (s. Folien). Das Jugendamt ist eigener Träger von Erziehungshilfen in sozialräumlichen Strukturen. Es gibt 11 Räume und 5 Träger, in 3 Bereichen sind sie selbst Träger. Sie haben die Belegungshoheit bei Notaufnahmen, in der Inobhutnahme arbeiten etwa 150 Mitarbeitende. Viele UMA kommen inzwischen nicht mehr wie noch 2015/16 direkt aus ihren Heimatländern, sondern aus Lagern in Griechenland und Türkei, mit physischen und psychischen Krankheiten. Im Herbst 2022 waren die Einrichtungen komplett überbelegt. In einer Jugendherberge wurde eine separate Aufnahmeeinrichtung mit Quarantäne geschaffen, in Kooperation von Gesundheits-, Sozial- und Jugendamt und weiteren Akteuren. Das Jugendamt musste „nur noch“ das pädagogische Personal stellen. In Stuttgart wurde nach 2015 mit dem Gemeinderat ein „atmendes System“ in der Personalbereitstellung vereinbart. Das Personal in der Inobhutnahme wird mit S 15 vergütet. Frau Heugel plädiert dafür, auch über unkonventionelle Lösungen nachzudenken und hebt positiv die Kooperation mit dem Gesundheitsamt hervor. Wichtig seien persönliche Kontakte zu Akteuren in anderen Ämtern, „Netzwerkerkundungen“, neue Partner. Nachgedacht sollte auch darüber werden, welche Muster aus Krisenprozessen im Alltag weiter genutzt werden können.

Diskussion

Ein Teilnehmer fragt, inwieweit resiliente Strukturen aufgebaut werden konnten, da die Aufnahme von Flüchtlingen ja ein Thema bleiben werde. Frau Heugel verweist darauf, dass die flexiblen Strukturen beim Personal (Personalkorridor) ein großer Vorteil seien. Schwierigkeiten gebe es bei Immobilien, die aktuellen Standorte haben nur befristete Nutzungsdauern. Sie wollen als Jugendamt den UMAs auch HzE anbieten, brauchen Plätze im betreuten Jugendwohnen, in betreuten Wohngruppen.

Eine Teilnehmerin berichtet über die Diskussion in Baden-Württemberg, Schwerpunkt-Jugendämter zu entwickeln, die bestimmte Aufgaben zentral für andere Jugendämter übernehmen. Dies wird kritisch gesehen, da die Verfahren zügig laufen müssen, um einen Rückstau bei Verfahren zu vermeiden. Stattdessen sollten die Strukturen vor Ort optimiert werden. Die Verteilung in das Regelsystem wird als ganz entscheidend gesehen, um die Integration der jungen Menschen zu fördern.

Immer weniger Fachkräfte überall? Was tun?

Kommunizierende Röhren: Öffentliche und freie Träger im Wandel Erdmann Bierdel, Dezernent, Landkreis Euskirchen

Herr Bierdel berichtet aus dem Kreis Euskirchen (s. Folien). Ausgangssituation sei, dass der Fachkräftebedarf nicht gedeckt werden könne, nicht nur in der Jugendhilfe. Die Jugendhilfe konzentriere sich daher zunehmend auf den Kinderschutz. Prävention, frühe Hilfen, Netzwerkarbeit werden nachrangig behandelt, damit komme es oft zu einer (vor-)schnellen Einleitung von Hilfen, die Fallzahlen stiegen weiter. Hier sei eine Abwärtsspirale zu erkennen, inklusive der Absenkung von Standards. An verschiedenen Beispielen macht er deutlich, dass die öffentliche Jugendhilfe immer mehr Unterstützung durch freie Träger brauche. Er sieht dabei auch die überörtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe in der Verantwortung (§ 85 Abs. 2 SGB VIII). Lösungsansätze sieht er in einem neuen Bündnis öffentlicher und freier Träger bei Hilfeplanung und Sozialraumorientierung mit dem Ziel der Effizienzsteigerung, in Konzepten zum Einsatz „nicht-fachlicher“ und ehrenamtlicher Unterstützung, in der Einbeziehung von Eltern in Kindertagesbetreuung, im Einsatz von Peergroup-Konzepten statt einer Hochspezialisierung.

Diskussion

Ein Teilnehmer fragt nach der Einschätzung zu Schiedsstellen, die ab 2028 auch für ambulante Leistungen vorgehen seien. Herr Bierdel betont, dass ein Beschwerdewesen wichtig für Qualitätssicherung sei. Ein anderer Teilnehmer weist darauf hin, dass es bereits jetzt in § 78 SGB VIII ein Verfahren gebe, dass sich gut auf ambulante Leistungen ausdehnen lasse.

Diskutiert wird über die „intelligente“ Nutzung der Potenziale des Sozialraums, z.B. Familienpatenschaften, Nachbarschaftstreffs und wer die Ressourcen mobilisieren solle. Die Steueringkapazität solle bei den Kommunen liegen, „da ist draußen ein Leben, das auch wirkt“.

Einigkeit besteht, dass es nur in Kooperation öffentlicher und freier Träger gehe. Kritisch wird die zunehmende Hochspezialisierung gesehen, „viele hochspezialisierte Einrichtungen haben das Problem nicht gelöst.“

Ein Teilnehmer weist darauf hin, dass Kommunen auf überörtlicher Ebene in der Regel integrierte Planungen vorlegen müssen, ein ähnlicher Verpflichtungsgrad sei aus seiner Sicht bei Land und Bund „wünschenswert“.

Fachkräfte und soziale Gerechtigkeit – beste Qualität für wenige oder schlechtere Qualität für viele?

Dr. Andreas Dexheimer, Vorstand und Sprecher der Geschäftsleitung, Diakonisches Werk des Evang.-Luth. Dekanatsbezirks Rosenheim e. V., Bad Aibling

Herr Dr. Dexheimer stellt mit Blick auf das Fachkräfteproblem die Frage nach der zukünftigen Gestaltung der Kinder- und Jugendhilfe (s. Folien). Es sei eine Tatsache, dass es Fachkräfte nicht mehr in ausreichender Zahl und manchmal auch Qualität gebe. Die größte Fachkräftelücke gebe es bundesweit aktuell im Bereich Sozialarbeit/ Sozialpädagogik. Nach seiner Einschätzung sind die Auswege ausgereizt, auch eine bessere Marketingstrategie werde nicht mehr nützen. Damit verbunden ist aus seiner Sicht eine ethische Frage: Gute Leistungen für weniger Menschen oder schlechtere für alle? Ersteres sei sozial ungerecht und letzteres bedeute, sich von bisherigen Standards zu verabschieden. Lösungen könne es nur in gemeinsamer Arbeit der öffentlichen, freien und überörtlichen Träger geben. Einen Ansatzpunkt sieht er im „vermeintlichen“ Fachkräftegebot für Träger der öffentlichen Jugendhilfe, für

freie Träger sei es nicht vorgeschrieben: „Wir haben Möglichkeiten zur Öffnung und verbauen uns die an verschiedenen Stellen.“ Zusätzliche „Fallstricke“ sieht er in Fachkräftelisten auf Landesebene, Leistungsvereinbarungen auf kommunaler Ebene, fehlenden differenzierten Darstellungen der jeweiligen Aufgaben, der schwierigen Definition eindeutiger Grenzen („was ist Kindeswohl“) und der mangelnden Bereitschaft zum Diskurs in Politik (Wählerstimmen), Profession und Gesellschaft (Krisenstimmung). Es gehe nicht um eine Deprofessionalisierung, sondern um die Frage der zukünftigen Sicherstellung von Leistungen und Angeboten in der Kinder- und Jugendhilfe.

Diskussion

Verschiedene Teilnehmende gehen in der Diskussion von perspektivisch schlechteren Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe aus. Es wird allerdings auch darauf hingewiesen, dass Rahmenbedingungen noch zu verbessern seien, z.B. bei einem NC, der für Sozialarbeit bei 1,6 liege oder bei den Vergütungen. Wichtig sei, dass ein Sozialarbeiter nicht nur (Sozial-)Manager eines Systems werde, sondern nah an den Adressat*innen bleibe. Ebenso müsse geprüft werden, welche Aufgaben andere Menschen/Professionen übernehmen können und welche Potenziale im Ehrenamt liegen, wenn sie gerahmt werden durch Fachstrukturen. Kritisch werden die Fachkräftekataloge auf Landesebene hinterfragt, verbunden mit der Beobachtung, dass sich niemand an die Problematik herantraue. Eine Teilnehmerin weist darauf hin, dass in der Praxis ja schon vieles weiter ausgelegt werde. Die juristischen Kommentare folgten der Realität.

Entwicklung einer trägerübergreifenden Fachkräftestrategie im Kitabereich Myriam Lasso, Jugendamtsleiterin, Stadt Heidelberg

Frau Lasso stellt die Entwicklung einer trägerübergreifenden Fachkräftestrategie im Kitabereich vor (s. Folien). In Heidelberg ist die Kindertagesbetreuung Teil der strukturellen Jugendhilfe. Daher gibt es dort eine Reihe verschiedener Maßnahmen um zu verhindern, dass späterer Förderbedarf auftritt. Die trägerübergreifende Gesamtstrategie wurde entwickelt, um die Versorgung weiter zu qualifizieren, in Heidelberg werden auch Kinder aus umliegenden Kommunen versorgt. Im Hinblick auf Kosten sind sie auch als öffentlicher Träger transparent. Das Hauptziel sei es, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen und einen Personalwettbewerb untereinander zu vermeiden. Im Workshop-Prozess zur trägerübergreifenden Strategie ging es vorrangig um eine Verbesserung der Finanzierung, die Stärkung pädagogischer Qualität und der Personalbedarfsplanung. Auch die Frage, wie man sich im Stadtteil besser organisieren könne, spiele eine Rolle. Die Politik sei bei dem Thema hochsensibel und unterstütze auch eine flächendeckende Entgeltterhöhung aller Fachkräfte in Kitas.

Diskussion

In der Diskussion besteht Einigkeit, dass die Strategie und ihre Erarbeitung etwas Besonderes in der bundesdeutschen Landschaft darstellen. Eine Teilnehmerin nennt einen Kita-Gipfel, der in ihrer Kommune stattgefunden habe, ein Teilnehmer sieht „Bruchstücke“ der Aktivitäten auch in seiner Stadt.

Immer komplexere Anforderungen und Rechtslagen? Was tun?

Prof. Jan Kepert, Professor für Öffentliches Recht, Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

Herr Prof. Kepert erläutert ausgewählte juristische Aspekte. Er verweist darauf, dass der Vollzug des SGB VIII komplexer sei, aber vorteilhafter für jungen Menschen, wenn die Anforderungen eingelöst werden. Jetzt sei ein Jugendamt in jeder Hilfeplanung gesetzlich verpflichtet zu prüfen, ob es einen Bedarf gebe und durch wen er gedeckt werden könne (über SGB VIII hinaus). Das sei ein komplexer Auftrag. Daher müsse geprüft werden, ob Stellen noch angemessen vergütet seien. Es sei ein Mentalitätswechsel im Rahmen von Hilfeplanung gefordert, wenn dies aber gelinge, profitierten junge Menschen sehr davon. Erforderlich sei allerdings eine Stärkung der Jugendämter.

Kinderschutz sei die wichtigste, zugleich aber auch schwierigste Aufgabe im Jugendamt („Jugendamt als Hellseher“). Diese erfordere juristische Expertise, so dass in multiprofessionellen Teams Juristen und Psychologen gleichberechtigt in jeder Kinderschutzentscheidung mitwirken sollten.

Nach seiner Einschätzung wird viel bei der Fachkräfteproblematik abgeladen, viel sei aber auch „hausgemacht“. So gebe es im Betriebserlaubnisrecht kein Fachkräftegebot, er verweist auf verschiedene obergerichtliche Entscheidungen dazu (z.B. Bayern). Es gehe darum, dass Mitarbeitende den Anforderungen der jeweiligen Einrichtung gewachsen sein müssen. Auch definiere § 72 SGB VIII Fachkraft nicht abschließend, sondern nur beispielhaft. Die Fachkräfte Listen der Bundesländer haben keine Rechtsbedeutung, sie divergieren zudem zwischen den Bundesländern („Absurdität“).

Diskussion

In der Diskussion fragt ein Teilnehmer, wie die engen Vorgaben der Heimaufsicht aufzubrechen seien. Herr Prof. Kepert verweist darauf, dass der Gesetzgeber geregelt habe, dass es kein Fachkräftegebot gebe. Damit sei es eine rechtswidrige Praxis der Betriebserlaubnisbehörden. Wichtig sei ein kritischerer und offener Austausch, ein Dialog wäre notwendig!

Einigkeit besteht, dass Jugendämter viel unter Rechtfertigungsdruck stehen und mehr juristische Kompetenz wichtig sei.

Gemeinsames Feedback im Plenum

Zum Abschluss gibt es noch einige ergänzende Beiträge. So wird betont, wie wichtig es sei, alle Felder der Kinder- und Jugendhilfe mitzudenken und die schwierigen Qualitätsdiskussionen über alle Bereiche zu führen. Festgestellt wird, dass ein Diskurs zwischen Landesjugendämtern und kommunalen Jugendämtern weitgehend fehle. Es könnte interessante Diskussionen und Ergebnisse bringen, wenn dieser moderiert geführt werde. Auch ein Dialog mit politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen wird eingefordert, um gemeinsam weitere Lösungsansätze zu diskutieren.

Weitere Aspekte nennen die Teilnehmenden in Stichworten in der abschließende Mentimeterabfrage.

